

Zu „Walter Ulbricht – Zeitzeugen erinnern sich“

Es ist zweifellos ein bemerkenswertes Buch, das Egon Krenz im Verlag Das Neue Berlin da herausgegeben hat. Siebzig Zeitzeugen äußern sich in faktenreichen Erinnerungen an Walter Ulbricht und damit zu wesentlichen Seiten der Geschichte der DDR. Damit wird 23 Jahre nach Untergang der DDR der Versuch unternommen, eine Reihe historischer Zusammenhänge gegenüber der herrschenden historiografischen Darstellung sachkundig und kompetent zu korrigieren, was offensichtlich ein wichtiges Anliegen des Herausgebers war, denn einigen Schreibern stellte er selbst diesbezüglich klug ausgewählte konkrete Fragen. So wird zugleich – bei aller Unterschiedlichkeit in der Substanz der einzelnen Erinnerungen der Autoren – ein plastisches Porträt eines der bedeutendsten deutschen Politiker des 20. Jahrhunderts erstellt.

Zur Herausgabe eines solchen Buches gehört zweifellos ziemlicher Mut, wird doch eine Persönlichkeit beleuchtet, die von den Feinden sozialistischer Ideen gehasst und bekämpft wurde und wird, die von den Mitgliedern seiner eigenen Partei keineswegs vorbehaltlos geliebt und geachtet wurde und die bei vielen Teilen der Bevölkerung der DDR eher unbeliebt und nicht selten Ziel ihres Spottes war. Die Betrachtungen zu Ulbricht führen unweigerlich zum Vergleich mit der Zeit der Regentschaft seines Nachfolgers Erich Honecker, in der Regel zu dessen Ungunsten. Und es verlangte auch Mut der einzelnen Autoren, waren sie ja fast alle doch auch treue Gefolgsleute Erich Honeckers, der 1971 mit sowjetischer Rückendeckung Walter Ulbricht entmachtet hatte. Nicht alle kann man dabei vor der vorwurfsvollen Frage schützen, warum sie heute Ulbricht so sehen, worüber sie in der Honecker-Zeit mehr oder weniger geschwiegen haben. Oder ließ erst die Niederlage 1989 ihre Erkenntnisse und Urteile in dieser Weise wachsen? Etwas mehr Selbstkritik hätte manchem Beitrag deshalb nicht geschadet, sondern ihn historisch wahrhaftiger werden lassen.

Das Buch gerät objektiv auch in die geistige Auseinandersetzung über die Gründe des Untergangs der DDR und des sozialistischen Weltsystems. Wer sich mit dieser Frage eingehend beschäftigt – ich zähle mich dazu – findet in diesem nicht wenige Argumente, die ganz gleich wie man sie bewertet, zur Erhellung unserer eigenen Geschichte beitragen.

Ulbricht wirkte in einem bestimmten historischen Zeitabschnitt, vieles was wir heute wissen und denken, war ihm damals noch nicht zugänglich. Die heftig umkämpfte Entscheidung zur Berliner Mauer war nach krisenhaften Auseinandersetzungen nach Stalins Tod (17. Juni 1953, XX. Parteitag der KPdSU, Konterrevolution in Ungarn 1956) gefällt, um Berlin kam es zu keinem Krieg, der drohende Krieg in der Kuba-Krise 1962 war abgewendet, Kuba widerstand dem Angriff in der Schweinebucht. Im 6-Tage-Krieg besetzte Israel palästinensisches Land, ein Konflikt, der bis heute anhält. In Vietnam tobte noch der Krieg, die USA standen vor einer historischen Niederlage durch Ho Chi Minh. Che Guevara war im Guerilla-Kampf in Bolivien gefallen, in Chile siegte 1970 in demokratischen Wahlen die Unidad Popular und ein Sozialist, Salvador Allende, wurde zum Präsidenten gewählt. In Afrika erlangte ein Land nach dem anderen seine Unabhängigkeit von seiner

früheren Kolonialmacht. In Westeuropa kam es zu riesigen Studentenrevolten gegen das Establishment. Die Sozialdemokraten erlangten neuen Einfluss. Mit sozialistischen Ideen verbanden sich noch große Hoffnungen. Das Wetttrüsten war im vollen Gange, die Sowjetunion schickten einen Roboter, die Amerikaner Menschen auf den Mond. Chruschtschow wurde durch Breschnew 1964 gestürzt, die Stagnation des größten sozialistischen Landes der Welt begann. Truppen des Warschauer Vertrags rückten 1968 in die CSSR ein. China und Albanien wurden aus dem Kreis der sozialistischen Länder verbannt. Manche weltpolitischen und weltökonomischen Entwicklungen waren noch gar nicht eingeleitet. Chinas Aufstieg begann erst fünf Jahre nach Ulbrichts Tod. Der Bericht an den Club of Rome über die „Grenzen des Wachstums“ erschien gerade in seinem letzten Lebensjahr, die Ölkrise stand erst bevor, der Sozialismus in herrschender Gestalt unter Führung der Sowjetunion schien noch Chancen zu haben. In der BRD wurde unter Brandt eine „Neue Ostpolitik“ eingeleitet („Wandel durch Annäherung“). Die völkerrechtliche Anerkennung der DDR war nur noch eine Frage der Zeit.

Diese historischen Zusammenhänge sind in den meisten Beiträgen schlicht nicht vorhanden. Mir fehlen auch sachkundige Hinweise darauf, was auch unter Ulbricht an Strukturen, Denkweisen, Aussagen, Beschlüssen dazu beigetragen haben mag, dass irgendwann die DDR-Bevölkerung und auch eine Vielzahl an SED-Genossen diesen Sozialismus irgendwie satt hatten. Denn nur der Verrat von Gorbatschow und der KPdSU oder ein paar strategische und taktische Fehler der SED-Führung können es ja nicht gewesen sein, dem Sozialismus und seinen Repräsentanten nicht mehr die Treue halten zu wollen.

Im Buch wird indirekt auch die Frage aufgeworfen, wie es der DDR 1989/1990 ergangen wäre, wenn an ihrer Spitze noch Ulbricht gestanden hätte. Meine spekulative Antwort heißt: Nicht anders! Der Untergang wäre vielleicht noch hinausgezögert worden, aber ebenso unvermeidlich gewesen angesichts der internationalen Rahmenbedingungen, des Machtverlustes der Sowjetunion und des Zerfalls des sozialistischen Weltsystems, der Attraktivität der westlichen Welt in Wirtschaft, bürgerlicher Freiheit und Kultur, ob der sich abzeichnenden globalen Veränderungen und Herausforderungen. Man denke nur an die Computerisierung, an das Internet, an weltweite Modewellen, an die Entwicklung in den so genannten Schwellenländern.

Dem Buch gelingt es trotzdem durch die Vielzahl der Beiträge, ein weitgehend korrektes Verhältnis zu dieser durchaus umstrittenen Person Walter Ulbricht herzustellen. In der Zeit des Wirkens Walter Ulbrichts war ich selbst Schüler (aktiver Pionier), EOS-Schüler, Student, aktiver ehrenamtlicher FDJ-Funktionär und es begann meine berufliche Tätigkeit als hauptamtlicher FDJ-Funktionär in der FDJ-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt. Ich habe mich aktiv für sein Sozialismus-Konzept eingesetzt, seine Reden aufmerksam gelesen, mich an Diskussionen zum NÖS und der deutschen Nation beteiligt, für die neue Verfassung der DDR 1968 als Agitator geworben. Ich war nie ein enthusiastischer persönlicher Fan von Walter Ulbricht und habe die Tränen meiner Chefin 1971 bei seiner Ablösung nicht verstanden. Ich gestehe aber auch: Nach dem Lesen dieses Buches ist mein Respekt vor ihm gestiegen. Ich sehe in den einzelnen Beiträgen auch keine besondere Heroisierung, sondern eher eine Erklärung für die Tragik eines ehrlichen Kämpfers für Frieden und Sozialismus, gegen Faschismus und Krieg, für die deutsche Einheit und die Verbesserung der Lebensverhältnisse der DDR-Bürger. Das Buch leistet so einen kleinen Beitrag, geschichtliche Urteile und Vorurteile sachlich zu hinterfragen und so die eigenen Kenntnisse über unsere Geschichte zu objektivieren. Deshalb sage ich dem Herausgeber und den 70 Autoren herzlichen Dank für ihre Mühen und aufklärerischen Beiträge.

Aber es bleibt mir unverständlich, warum nach unserer desaströsen Niederlage keiner der Autoren historisch tiefer lotet und das Wesen unseres Sozialismus, für den zweifellos Ulbricht mit seiner ganzen Person und seinem Herzen stritt, etwas grundsätzlicher hinterfragt oder Irrtümer Ulbrichts aufdeckt. Es ist viel von sozialistischen Idealen die Rede, aber welche diese sind, wird nur abstrakt und ziemlich phrasenreich dargestellt. Da wird nach wie vor so geschrieben, wie es auch wohl Walter Ulbricht in seinen Reden zu seinen Lebzeiten getan hätte. Da gibt es keine Zweifel an der grundsätzlichen Richtigkeit des verfolgten Wegs. Da ist die Rede davon, dass Marx, Engels und Lenin eine von Ausbeutung freie Gesellschaft wollten, dass die Entmachtung des Kapitals und seine Überführung in gemeinschaftliches Eigentum die Lösung aller Menschheitsprobleme sein sollte, dass nur der Imperialismus allein am Unglück der Menschen schuld sei, dass die Oktoberrevolution ein Fanal für die Menschheit war, dauerhafter Frieden nur durch den Sozialismus gewährleistet werden könne und die Zukunft auf jeden Fall im Kommunismus liegen müsse, dass die sozialistische Gesellschaft eine höhere Form der Demokratie darstelle und den Faschismus für immer ausgerottet habe usw. Dass diese abstrakten Verheißungen letztlich niemand mehr begeisterten und sie damit nicht ihre Lebenswünsche in Verbindung zu bringen vermochten, ist etlichen Schreibern wohl entgangen. Es war eben nicht bloß die hohe Stimme und das Sächsisch des SED-Führers Ulbricht, der ihn vielen unsympathisch erscheinen ließ, sondern es war auch sehr oft der Inhalt, den er verkündete, der historisch rechthaberische Ductus seiner Reden – wie eben auch bei anderen kommunistischen Parteiführern oder uns Funktionären der Partei allgemein.

Trotz allem, das Buch hilft auch bei der Klärung einiger historischer Fragen. Ich nenne einige mir wesentliche:

1. **Ulbricht war gewiss nicht allein für die Spaltung Deutschlands verantwortlich.** Nach Aussagen etlicher Autoren waren die Sowjetunion (Stalin) und auch Ulbricht keineswegs an der Spaltung Deutschlands auf Dauer interessiert, was wohl der historischen Wahrheit entspricht. Die Sowjetunion hätte eine Gesellschaftsordnung nach dem Modell Weimarer Republik (Falin) auch nach dem Konflikt um die Währungsreform und die Gründung der BRD und der DDR 1949 akzeptiert, wenn Deutschland in der Auseinandersetzung der SU mit den USA und GB im Kalten Krieg (und möglichen heißen: Atombombe, Korea) und zukünftig neutral geblieben wäre und nicht den Weg der Westintegration in die NATO betrieben hätte. Falin meint gar, die Atombombe habe Deutschland gespalten. Zudem hätte die SU auch auf eine sozialistische Entwicklung in der DDR verzichtet oder nach deren Beginn die DDR auch gegebenenfalls an den Westen „verkauft“ (Berija). Wichtig war deshalb das Verhalten zu den Deutschland-Noten Stalins 1952. Ulbricht begrüßte sie, Adenauer lehnte sie als Finte der Russen ab. Das war sein Irrtum. Ulbricht wollte jedoch den sozialistischen Einfluss auf Westdeutschland sichern, was Adenauer aus seiner Position heraus verhindern musste. Offensichtlich in Übereinstimmung mit Stalin (Politbürobeschluss der KPdSU vom Juni 1952?) hatte Ulbricht erreicht, dass dem Westen mit einer sozialistischen Entwicklung der DDR gedroht wurde, was zur Entscheidung der Parteikonferenz 1952 führte, die Grundlagen des Sozialismus in der DDR aufzubauen und gar im Herbst 1952 zur Zuspitzung, diesen Aufbau zu beschleunigen. Ein Autor (Wünsche) meint unter Verweis auf Frank Schumann in einem anderen Buch sogar, dass Ulbricht mit dieser Entscheidung die SU wohl erpresst habe, sich zur sozialistischen DDR und damit zu einer gegensätzlichen Entwicklung beider deutscher Staaten zu bekennen. War das eine der „Solopartien“ von Ulbricht, von der Falin spricht? Oder war das von Stalin so gewünscht? Ulbricht hielt an seiner Vision der Einheit Deutschlands („Deutsche an einen Tisch“, Konföderationsvorschlag) bis zu seinem politischen

Ende fest. Noch 1968 strich aber das SED-Politbüro einen Artikel im Entwurf der neuen DDR-Verfassung Ulbrichts, wonach die DDR der „sozialistische Staat deutscher Nation“ sei. Ulbricht setzte sich jedoch durch und hielt damit die Option einer Konföderation offen (erst 1974 wurde unter Honecker diese Definition gestrichen und der Artikel abgrenzend neu formuliert). Zugleich setzte Ulbricht – trotz seiner historisch begründeten Vorbehalte gegenüber den Sozialdemokraten – auf Brandt (SPD) und initiierte entgegen der ablehnenden Meinung Breschnews und der KPdSU einen deutsch-deutschen Dialog 1970 (Erfurt-Kassel), weshalb er u.a. abgelöst wurde. Es ist sicher nicht zu vermessen zu behaupten, dass Ulbricht – wäre er noch in der Zeit der Perestroika politisch aktiv gewesen – seine Konföderationsidee neu belebt hätte. So kam erst 1989 die SU (Falin im Gespräch mit Krenz) wieder auf die Idee einer Konföderation zurück (nicht etwa die SED selbst!), die aber zu diesem Zeitpunkt keine Chance mehr hatte. Für Ulbricht bleibt: Er war nicht der Spalter Deutschlands, gleich gar nicht der alleinige. Die Spaltung war angesichts der internationalen Rahmenbedingungen und der politischen Interessen in West und Ost zu jener Zeit objektiv unausweichlich. Gerald Götting beschreibt deshalb das wohl richtig: „Jeder (Adenauer und Ulbricht, die Großmächte, E. A.) wollte lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb.“ Falin kritisiert ja Gorbatschow auch nicht ob der Preisgabe der sozialistischen DDR, sondern nur, weil für die Sowjetunion ein riesiger sicherheitspolitischer Verlust entstand, denn die NATO dehnte sich nun nach der deutschen Einheit bis Polen aus.

2. **Ulbricht hielt 1953 seinen Kopf für den 17. Juni hin.** Erich Honecker erzählte mir 1986 persönlich, dass Walter Ulbricht in einer Politbüro-Sitzung 1953 schon bereit war zurückzutreten. Er (Honecker) habe ihn damals darin bestärkt, es nicht zu tun. Nur dem Geschick Otto Grotewohls bei der Versammlungsleitung sei es zu verdanken gewesen, dass der Rücktritt verhindert wurde. Hintergrund für das Dilemma am 17.06.1953 waren auch Entscheidungen der SU. Einerseits wurde die DDR als Geißel benutzt, um dem Westen mit einer sozialistischen Entwicklung der DDR zu drohen, deshalb gab es wohl eine Zustimmung zum Aufbau des Sozialismus in der DDR (einschließlich der Konsequenz, eine eigene Schwerindustrie aufzubauen, die Landwirtschaft zu kollektivieren), obwohl es dafür keine innenpolitischen Voraussetzungen gab, andererseits wurde die DDR mit hohen Reparationsleistungen und zusätzlichen Rüstungsanstrengungen 1952 (Aufbau KVP, Grenzausbau) wegen einer Fehleinschätzung einer bevorstehenden Kriegsgefahr belastet. Hinzu kam der Machtkampf in Moskau nach Stalins Tod zwischen Berija und dem Politbüro, wobei Berija die DDR gerne verkauft hätte. Die den Aufstand der Arbeiter auslösenden Maßnahmen der DDR-Führung (Normen, Versorgung, Preise, Streichen bestimmter Vergünstigungen) wurden nach Berijas Entmachtung auf Befehl Moskaus als „Neuer Kurs der SED“ zurückgenommen. Der Konflikt um den 17. Juni belastete die SED fortan wie ein Trauma bis zu ihrem Ende, sowohl hinsichtlich ihrer Sorge um die Akzeptanz ihrer Politik unter der Bevölkerung als auch im Hinblick auf ihr Verhältnis zur sowjetischen Parteiführung. Dass die Sowjetunion 1953 ihre Reparationsforderungen einstellte, der DDR Betriebe zu ihrer eigenen Nutzung zurückgab und zusätzliche Kredite gewährte, war wohl angesichts des von ihr mit Unterstützung Ulbrichts angerichteten Desasters nur folgerichtig, um Machtpositionen zu halten und die Stimmung unter der Bevölkerung in der DDR zu verbessern.
3. **Ulbricht hatte offensichtlich ein distanzierendes Verhältnis zum XX. Parteitag der KPdSU und der Geheimrede Chruschtschows.** Vor allem akzeptierte er wohl nicht, dass alle Schuld auf

Stalin abgeladen wurde (Personenkult) und keinerlei Analyse der gesellschaftlichen Strukturen erfolgte, die die Verbrechen Stalins ermöglichten (Glende). Wegen der Nichtveröffentlichung der Rede Chruschtschows kam er in der SED zusätzlich in Schwierigkeiten, weil dieser Text im Westen gegen die kommunistischen Parteien verwandt wurde. Das führte gar zum Streit mit Chruschtschow (Telegramm an die KPdSU). Ulbricht lehnte auch eine rückwärtsgewandte Fehlerdiskussion ab und stritt dafür, im Vorwärtsgen die Probleme zu lösen. Die konterrevolutionären Ereignisse in Polen und Ungarn bestärkten ihn offenbar in dieser Auffassung. Die Mehrheit der Autoren ist sich auch einig in der Bewertung, dass Ulbricht in der Zeit bis 1970 aus dem XX. Parteitag letztlich unauffällig konstruktive Schlussfolgerungen zog und diese konsequent verfolgte, die im Einzelnen unter den Punkten 6.-10. genannt werden. Allerdings ist es wohl vermessen zu behaupten, dass damit Ulbricht die Strukturen des Stalinismus in der SED überwand. Er selbst hatte Ende der 1940er Jahre die SED (entstanden aus KPD und SPD) zu einer Leninschen Partei neuen Typs formiert und die Macht des Zentrums der Partei auch in Auseinandersetzung mit „parteifeindlichen Gruppierungen“ gestärkt. Trotz einer gewissen Neuordnung der Beziehungen zwischen Partei und Staat besonders nach der Einrichtung des Staatsrats und Ulbrichts illusionären Idee von der „Menschengemeinschaft“ blieb die administrativ führende Rolle der SED letztlich unangetastet, was sein Nachfolger rigoros fortsetzte.

4. **Im Band wird bewiesen, dass Ulbricht mit seinen Äußerungen auf der Pressekonferenz im Juni 1961 kein Lügner und er gewiss nicht der Initiator des Mauerbaus war.** Das hat zweifellos seine historische Berechtigung. Aus den einzelnen Beiträgen geht richtigerweise hervor, dass der Auftrag zur Abriegelung der Grenzen zu Westberlin erst vom Politisch Beratenden Ausschuss des Warschauer Vertrags erging, wobei Ulbricht, wie Götting berichtet, von Chruschtschow als Erfinder der Idee bezeichnet wurde, dem Ulbricht nicht widersprach. Auch ist es richtig, wie Kulikow vermerkt, dass die Art und Weise der Grenzsicherung durch die SU bestimmt wurde. Zunächst wurde außerdem mit Kampfgruppen und mit Stacheldraht abgeriegelt, erst viel später wurde eine Mauer errichtet und systematisch militärisch ausgebaut. Richtigerweise wird die ganze Aktion auch weltpolitisch beleuchtet (Friedensvertragsvorschlag, Treffen Chruschtschow-Kennedy in Wien, Friedenssicherung). Unbelichtet aber bleibt in allen Beiträgen die wesentliche innenpolitische Komponente der DDR. Offensichtlich wurde die Fluchtbewegung aus der DDR aus vielerlei Motiven genährt: Angst nach Chruschtschow-Vorschlag für freie Stadt Westberlin, Ablehnung des Konföderationsvorschlags der DDR seitens des Westens, zwiespältige innenpolitische Entwicklung in der DDR mit mangelnder Versorgungslage und beginnendes „Wirtschaftswunder“ im Westen, „sozialistischer Frühling“ in der DDR-Landwirtschaft 1960 mit Druck auf die Bauern, in die LPG einzutreten. Hinzu kamen die gezielten Abwerbungsversuche durch Institutionen in W-Berlin. Die DDR war also maximal daran interessiert, die Fluchten einzudämmen bzw. ganz zu unterbinden. Keßler schreibt, dass die DDR deshalb die Kontrolle über die Zugangswege wollte. Ulbricht glaubte offensichtlich, wenn die DDR die Kontrolle über den Luftraum erhielt, die administrative Gewalt über das Reisen der DDR-Bürger zu erhalten, weil dann nur über Schönefeld mit Genehmigung hätte ausgereist werden können (Besuche in W-Berlin wären weiter möglich gewesen, an der innerdeutschen Grenze wurde ja bereits kontrolliert, aber kein Fliehen mehr über Tempelhof in die BRD). Innenpolitisch wäre das im Prinzip die gleiche Lösung/Sperrung für DDR-Bürger gewesen wie mit dem Mauerbau (absolute Einschränkung der Reisefreiheit). Deshalb greifen

meiner Meinung nach alle Argumente zu kurz, die bei allen wichtigen weltpolitischen Sicherheitsaspekten die Wünsche der DDR-Bürger auf Freizügigkeit innerhalb Deutschlands nicht berücksichtigen. Die menschlichen Tragödien wären letztlich die gleichen gewesen. Insofern ist es eigentlich müßig, den Streit darum zu führen, warum Ulbricht mit seinem Wort von der Mauer auf der Pressekonferenz ihren Bau initiiert haben könnte. Sicher hat er im guten Glauben und seinem Optimismus auf eine Verhandlungslösung nicht gelogen. Auch wird – wie Blecha schreibt – seine komplexe Antwort unterschlagen. Möglicherweise war er sich aber auch der Dimension der ganzen Problematik nicht ganz bewusst, sonst hätte er diese Pressekonferenz vielleicht gar nicht gegeben.

5. **Ulbricht wird im Band in den früher gebrauchten Worten etwas eigenartig als „Freund und Förderer der Jugend“ dargestellt.** Das Wichtigste an diesen Aussagen in vielen Beiträgen ist wohl eher die versteckte Feststellung, dass der SED und der DDR nur eine sehr widersprüchliche Jugendpolitik zu verwirklichen gelang. Zweifellos ist richtig, dass sich Ulbrichts Motivation, für Kinder und Jugendliche das Beste zu tun, aus seiner eigenen Kindheit und Jugend nährte. Kindern und Jugendlichen sollte es besser gehen, sie sollten auch nicht für den Faschismus verantwortlich gemacht werden (Einbeziehung auch von HJ-Mitgliedern), sondern für die neue Gesellschaft begeistert werden. Das war ehrlich gemeint und führte zu bemerkenswerten Schritten, die in verschiedenen Beiträgen erwähnt werden. Genannt seien aus der Gründungszeit der DDR: Gründung der FDJ (und nicht KJV) 1946 (Keßler, Müller, M. Honecker), Gesetz zur Förderung der Jugend und des Sports - 1. Jugendgesetz (Müller, Modrow, Lorenz, Erbach), Brechung des Bildungsprivilegs durch Schulreform und Bildungsgesetz 1965 (M. Honecker, Wilms), Förderung der Kinder und der Pionierorganisation (Herde), Förderung des Sports (Huhn, Wuschech, Schur, Erbach). Die Liste konkreter Förderprojekte ist schier endlos: Recht auf Arbeit und Bildung, Schulreform, polytechnischer Unterricht, 10-Klassen-Schule, Vorschulerziehung, Gehaltserhöhung für Lehrer, ABF (Lorenz), Pionierlager, Pionierrepublik, Arbeitsgemeinschaften, Kinderbuchverlag, ABC-Zeitung (Herde), Massensport, Treffpunkt Olympia, DHfK, Kinder- und Jugendsportschulen, Kinder- und Jugendspartakiaden, Zentralstadion Leipzig, DT 64, Jugendforen (Höpke, Modrow, Lorenz), Jugendkommuniqué, junge Mitglieder in Parteiführung und Regierung, Buch Weltall-Erde-Mensch (Kosing), Überwindung des FKK-Dogmatismus etc. Ulbricht ging dabei von der Leninschen Idee aus, durch die Veränderung der Lebensverhältnisse und politisch-kultureller Erziehung einen „neuen Menschen“ zu formen, schloss allerdings gewaltsame Maßnahmen aus. Konzeptionelle Höhepunkte seiner Überlegungen waren wahrscheinlich der Vorschlag an die FDJ, als soz. Jugendorganisation zu wirken (Müller), die 10 Grundsätze sozialistischer Moral und Ethik, die 1958 auf dem V. Parteitag beschlossen wurden, das Jugendkommuniqué 1963 (Müller, Lorenz) sowie die III. Hochschulreform Ende der 1960er Jahre (Schirmer). Als in Westeuropa und auch in einigen sozialistischen Ländern Studenten gegen herrschende Strukturen aufstanden, beschäftigten sich DDR- Studenten mit der Reform des Hochschulwesens, machten Vorschläge und meldeten sich freiwillig zu den FDJ-Studentenbrigaden zum Einsatz in der Volkswirtschaft in den Sommermonaten. Von dem, was Jugendliche selbst wollten, welche Bedürfnisse sie hatten und welche sich durch den Einfluss internationaler Kultur auch entwickelten, hatte Ulbricht wahrscheinlich keine Ahnung oder begegnete diesen mit Unverständnis (Verhältnis zur Beatmusik, Unverständnis, was ein Klub sein könnte (König), Sorge vor „Eselswiese“ Jugendforum). Das erklärt auch, warum er einerseits mit Vehemenz das Jugendkommuniqué

pries, andererseits nach scharfer Kritik an den Entwicklungen danach auf dem 11. Plenum 1965 nichts gegen seine Kritiker unternahm, sondern das Verdikt gegen die Künstler (DEFA-Filme) stützte und die Rücknahme seiner Überlegungen duldete und damit letztlich eine ehrliche und kritische Auseinandersetzung um die Jugendpolitik verhinderte. Als Errungenschaft jener Zeit entstand aber das Zentralinstitut für Jugendforschung unter Walter Friedrich in Leipzig, das sich bis zum Ende der DDR um eine empirisch gesicherte Einschätzung des Denkens der DDR-Jugend bemühte, dessen Forschungsergebnisse aber letztlich von der Führung der Partei nie ernst genommen wurden. Es ist schade, dass ausgerechnet bei der Frage der Jugendpolitik kompetente Zeitzeugen wie Modrow und Lorenz im Buch einer klaren Analyse und Wertung ausweichen. Lorenz behauptet gar, dass das Jugendkommuniqué 1965 nicht zurückgenommen wurde, was schon sehr verwundert, denn hatte er doch nun als neuer Leiter der Abteilung Jugend des ZK der SED für die klassenmäßige Erziehung der Jugend und die Stärkung der Rolle der FDJ die Verantwortung und kennt die Schlussfolgerungen, die die FDJ zog (das Jugendkommuniqué war für uns in der FDJ keineswegs mehr Richtschnur, sondern einzig die Klassenerziehung!). Die FDJ folgte fortan auch wieder mehr Honecker als Ulbricht. Mit Abstand betrachtet, kann man nur sagen: Auch in der DDR gab es einen Generationenkonflikt, das stupide klassenmäßige Denken der alten Genossen wie Ulbricht und Honecker und des Parteiapparats war keineswegs die Denkweise Jugendlicher, auch nicht der meisten Mitglieder der FDJ. Mit großer Mühe wollte die FDJ-Führung und das FDJ-Aktiv hier eine Brücke bauen, was immer weniger gelang. Dass dieser Konflikt viele Jahre nur latent blieb, lag vor allem an der Anpassungsfähigkeit der Jugend, sie entzog sich mehr oder weniger ideologischer Indoktrination. Auch hat dazu zweifellos die sich entwickelnde Vielfalt der Tätigkeit der FDJ beigetragen. Man denke nur an die ökonomischen Initiativen, die vielfältigen Jugendobjekte, die Entwicklung der Singebewegung und Förderung des DDR-Rocks, den Ausbau der Jugend- und Studentenklubs, Jugendtourist, zentrale Massen-Veranstaltungen, die FDJ-Studentenbrigaden und Lager für Erholung und Arbeit etc. Es stimmt aber sehr wohl, dass der Widerspruch zwischen dem Anspruch der FDJ, Massenorganisation für alle Jugendlichen zu sein, und ihrem Auftrag, als Helfer und Kampfesreserve der SED zu wirken, nie gelöst werden konnte (Modrow: Spagat!), was ich 1989 auf dem November-Plenum des ZK als meine traurige Erkenntnis ausgesprochen habe. Besonders verschärfte er sich, als die SED 1976 (schon nach Ulbricht) unter Honecker gar beschloss, nunmehr die kommunistische Erziehung zur bestimmenden Aufgabe der FDJ zu erklären. Die Jugendpolitik war in der Parteiführung offensichtlich ständig ein Streitpunkt, ohne dass es jemals zu einer grundsätzlichen Erörterung über diese gekommen wäre. Beschrieben wird der Dissenz zwischen Norden und Ulbricht, zwischen Ulbricht und Schirdewan, zwischen Ulbricht und Honecker. Ergänzend kann ich nur hinzufügen, dass es auch gegen Ende der DDR keine einheitliche Auffassung mehr darüber gab, wie die Jugend für den Sozialismus gewonnen werden kann. Leider wurden so die DDR-Jugendlichen und auch die FDJ ständig zum Spielball unterschiedlicher Interessen, was latent sich als Sprengstoff anhäufte, der schließlich 1989 mit Wucht explodierte. Ulbricht hat mit seiner subjektiv ehrlichen Absicht, die Jugend zu fördern und ihr zu vertrauen, mit seiner reformerischen Inkonsequenz in den 1960er Jahren in dieser Frage und mit der Auswahl seines Nachfolgers maßgeblich zu diesem explosiven Gemisch beigetragen.

6. **Nach dem XX. Parteitag der KPdSU verstärkte sich bei Ulbricht offensichtlich die Einsicht, dass das sowjetische Modell nicht das allein gültige für den Aufbau des Sozialismus sein kann.** Er plädierte dafür, die eigenen Erfahrungen nicht geringzuschätzen. Schon in seinem ND-Artikel vom 4. März 1956 beschrieb er ausführlich die unterschiedlichen Wege der sozialistischen Länder und analysierte umfangreich die antifaschistisch-demokratische Entwicklung der DDR und den seiner Meinung nach demokratischen Weg zum Sozialismus. Der illusionäre Beschluss des XXII. Parteitags der KPdSU von 1961, bis 1980 den Kommunismus in der SU zu errichten, muss ihn offensichtlich darin bestärkt haben, sich von der wie einige Autoren schreiben „Stalinschen“ 2-Etappen-Theorie Sozialismus-Kommunismus abzuwenden, denn schon 1963 erklärte er auf dem VI. Parteitag, dass in der DDR jetzt die Etappe des umfassenden Aufbaus des Sozialismus beginne. Konsequenterweise führte er dies zu dem Gedanken der „relativ selbstständigen Gesellschaftsformation Sozialismus“, die längere Zeit benötige, um die Vorzüge der neuen Gesellschaft gegenüber dem Kapitalismus zur Geltung zu bringen. Kosing, Nick, Gossweiler, Mahlow würdigen dies als schöpferische Leistung und eigenständigen Beitrag zur Theorie des Sozialismus. Dass sein Nachfolger Honecker von dieser Konzeption offensichtlich unter Druck von Moskau abrückte ist bis heute unverständlich. Daran festzuhalten hätte doch andere notwendige Korrekturen nicht verhindert, aber nicht zu gravierenden Fehlentscheidungen (Verbreiten von Illusionen unter der Bevölkerung, unbedingtes Festhalten an der Hauptaufgabe auch ohne ökonomische Deckung, kommunistische Erziehung) geführt. Ulbricht wird in diesem Zusammenhang theoretisches Verständnis und Interesse für Theorie attestiert. Auch hielt seine Auffassung einen Spalt für die Einheit Deutschlands offen. Vor allem führte sie zu Reformüberlegungen für die sozialistische Entwicklung selbst. Es spricht für den Charakter Ulbrichts, dass er seine Auffassung nicht zur Polemik mit der KPdSU nutzte, obwohl sie sein Konzept keineswegs teilte oder gar akzeptierte.
7. **Ulbricht gewann nach 1961 offenbar unter dem Einfluss etlicher einflussreicher Berater die an sich richtige Einsicht, dass die ökonomische Leistungskraft des Sozialismus unbedingt erhöht werden muss und dafür die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution von entscheidender Bedeutung ist.** Nachdem noch auf dem V. Parteitag 1958 irrealer Ziele (Überholung der BRD in der Pro-Kopf-Produktion bis 1961) beschlossen worden waren (Prokop) und diese ziemlich schnell vergessen wurden, die KPdSU sich 1961 auf dem XXII. Parteitag illusionäre Ziele stellte (Kommunismus bis 1980), der Mauerbau 1961 eine neue Situation für die Stabilität der DDR brachte und die Kollektivierung der Landwirtschaft zu einem ökonomischen Desaster 1962 führte (Mangel an Nahrungsmitteln, Wiedereinführung von Rationierung), führte dies bei Ulbricht offensichtlich zu einem ökonomischen Umdenken weg vom sowjetischen Sozialismus-Modell. Ihm und seinen Beratern kamen Reformideen, die im Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft gebündelt wurden (NÖS). Kern dieses Konzepts war, die ökonomischen Gesetze voll zur Entfaltung kommen zu lassen, die Eigenwirtschaftung der Mittel in den Betrieben zu erreichen, den produzierenden Einheiten größere Autonomie zukommen zu lassen, um so über ökonomische Hebel und nicht per Agitation die Masseninitiative zu fördern. Zugleich sollte durch eine Konzentration der Mittel auf strukturbestimmende Zweige der Volkswirtschaft eine rasche Erhöhung der Arbeitsproduktivität erreicht werden. Ulbricht nutzte die geschlossene Grenze für dieses Erfolg versprechende Experiment. Die Autoren, die sich dazu äußern, sind allesamt der Meinung, dass dieses Herangehen von der

Reformfähigkeit des Sozialismus zeuge (Graf, Kosing, Nick, Jahn, Weiz, Prokop, Gossweiler, Glende). Unter diesem Aspekt habe Ulbricht zunächst sogar Sympathie für die Reformen in der CSSR gezeigt. Es bleibt in den Beiträgen eigentlich unklar, warum das NÖS bereits frühzeitig abgebrochen und nicht weiter verfolgt wurde. Als sich Ende 1970 große Disproportionen zeigten (14. Plenum), dass die Eigenerwirtschaftung der Mittel den Staatshaushalt schmälerte, sich die Versorgung der Bevölkerung nicht besserte und die Wohnungsnot wegen fehlender Investitionen nicht beseitigt werden konnte, traten die Gegner solcher Reformbemühungen auf die Bremse und veränderten auf dem VIII. Parteitag radikal das Konzept. Die Ulbricht-Reform konnte ihre Effizienz nie beweisen. Allein Jahn spekuliert, ob sich nicht die Linie des VIII. Parteitags mit dem NÖS hätte erfolgreich verbinden lassen. Dazu gab es aber keine Gelegenheit. Selbst das erfolgreiche Konzept Ulbrichts, halbstaatliche Betriebe auf Dauer zu fördern (und nicht etwa nur als Übergang zu Volkseigentum), den LPG eine Chance zur Entwicklung zu geben, wurde unter Druck Breschnews nicht fortgeführt: Alle halbstaatlichen Betriebe wurden in Volkseigentum überführt und zentraler Planung unterworfen (Wünsche trat deshalb als Minister zurück), die LPG in Pflanzen- und Tierproduktion gespalten. Als dann noch die Sowjetunion die Preise fürs Öl erhöhte (M. Honecker) und die Lieferungen gar reduzierte (1982), der RGW zu keinen konstruktiven für die DDR nützlichen Lösungen kam (Fenske) war das Dilemma für die DDR-Wirtschaft dauerhaft. Fakt ist auch, dass sich das Konzept Ulbrichts durch etliche Überspitzungen selbst diskreditierte. So diente die propagandistische Betonung von Pionier- und Spitzenleistungen, die Favorisierung von Großforschungszentren (GFZ), die Losung „Überholen ohne einzuholen“, die Betonung der Kybernetik gar als Leitungswissenschaft keineswegs dem eigentlich avisierten Ziel. Ich selbst habe an einem Kurs der Akademie der marxistisch-leninistischen Organisationswissenschaften (AMLO) in der Wuhlheide teilgenommen und kann nur die Praxisferne des dort Vermittelten bestätigen.

- 8. Aus vielen Beiträgen gewann ich den Eindruck, dass es Ulbricht tatsächlich um das Gewinnen der Menschen für den Aufbau des Sozialismus persönlich ernst war.** Götting, Wünsche, Reichelt, M. Honecker, Weiz, Podewin, Schulmeister, Lange, Wendelborn, Wekwerth, König, Neusch und Kant schildern das Bemühen um den demokratischen Block, die Volkskongressbewegung, die Gewinnung der Jugend, der Christen, kleiner Unternehmer, Wissenschaftler und Kulturschaffende mit denen Ulbricht – mitunter selektiv – Kontakt pflegte. Er suchte den Kontakt mit Personen und Einrichtungen, um Lösungen für Probleme zu finden. Er scheute sich nicht, seine mitunter dogmatische und auch schlichte Meinung offen zur Diskussion zu stellen, widersprach, kanzelte aber offensichtlich niemand ab (Kant, König). Etliche Autoren verweisen darauf, dass Ulbricht sich stets als Lernender gab. Er nahm sogar selbst an Jugendforen und Rechenschaftslegungen teil (Modrow). Seine Besuche in Betrieben und Universitäten – so schildern es die Autoren – waren offensichtlich weniger vom Protokoll diktiert, sondern zielten auf Wissens- und Erfahrungszuwachs des 1. Mannes im Staate. Dazu dienten auch die verschiedenen Kommissionen und Arbeitsgruppen, in denen Experten mitwirkten, Dialogveranstaltungen im Staatsrat sowie gar persönliche Begegnungen mit Wissenschaftlern und Künstlern (warum eigentlich nicht mit Funktionären?). Offensichtlich halfen ihm bei diesen Begegnungen auch eine Reihe persönlicher Verhaltensweisen: Er ging viel ins Theater, las neu erschienene Bücher, blieb in den Debatten bescheiden, hörte zu, forderte zu offener Aussprache auf („reden wir ganz offen darüber!“), reagierte emotional und spontan, redete oft frei, stellte präzise Fragen,

telefonierte mit leitenden Funktionären auch außerhalb des Dienstweges, kritisierte klar und deutlich, machte aber stets Veränderungsvorschläge, lehnte Schönfärberei ab (erlaubte gar kritische Berichte im Fernsehen und in den Zeitungen – Fensch) und verbreitete stets Optimismus. Im Verlaufe der Jahre änderte er offenbar auch sein Verhältnis zu Christen. Wurde noch Anfang der 1950er Jahre die Junge Gemeinde energisch bekämpft, setzte er 1956 die noch heute breit akzeptierte atheistische Jugendweihe durch, suchte er zunehmend Kontakt zu christlichen Abgesandten. Zu Götting hielt er freundschaftlichen Kontakt, mit Mitzenheim traf er sich auf der Wartburg („Kirche im Sozialismus“). Wahrscheinlich färben die Autoren einiges aus der Erinnerung schön, aber es wird schon etwas dran sein an seinem Stil, wenn ich diese Aussagen mit dem vergleiche, was wir unter seinem Nachfolger an Steifheit erlebten, weshalb die Autoren das ja auch offensichtlich hervorheben.

9. **Unter Ulbricht wurde im Gegensatz zur aktuellen bürgerlichen Propaganda und Rechtsauffassung („Unrechtsstaat“) tatsächlich in der DDR ein sozialistischer deutscher Rechtsstaat etabliert.** In der ganzen Geschichte der DDR gab es kaum wieder eine solche Periode schöpferischer Entwicklung des Gesetzeswesens, in die die Bevölkerung durch öffentliche Diskussion einbezogen war. Die Autoren nennen u.a. das 1. Jugendgesetz 1951, das Bildungsgesetz 1965 (nach öffentlicher Diskussion), den Rechtspflegeerlass des Staatsrats, Erlass über Eingaben, die Änderung des Wahlgesetzes (mehr Kandidaten als Mandate, Wählen ab 18), Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen, das Strafgesetzbuch (unter anderem mit Löschung des Homoparagraphen!), die III. Hochschulreform und vor allem die Verfassung von 1968, die nach umfassender öffentlicher Diskussion per Volksentscheid angenommen wurde. Buchholz vergleicht sehr offensiv die Prinzipien dieser Verfassung mit dem Grundgesetz der BRD und beantwortet so sehr faktenreich die Frage, warum die Herrschenden in der BRD 1990 an keinerlei Verfassungsdiskussion interessiert waren. Er bezeichnet diese Verfassung als „Meilenstein in der deutschen Rechtsgeschichte“ (keine Verjährung von Kriegsverbrechen, Wahl von Richtern, gesellschaftliche Gerichte, Stellung der Staatsanwaltschaft, Staatshaftung, Stellung zur Todesstrafe u.a.). Man könnte noch die Aussprachen nach 1971 zum Jugendgesetz, zum AGB und zum ZGB hinzufügen, die auf dieser Verfahrensweise fußten. Lange verweist auch auf die in der Ulbricht-Zeit erfolgte Vorbereitung der beispielgebenden Fristenregelung für Frauen beim Schwangerschaftsabbruch sowie auf das Wirken der Frauenkommissionen zur Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frauen. Im Hinblick auf diese demokratische Entwicklung bleiben jedoch etliche Widersprüche im Wirken Ulbrichts. So heißt es bei einem Autor, dass Ulbricht bei der Kollektivierung der Landwirtschaft strikt gegen Gewalt war, trotzdem gab es einen ziemlich massiven Wettbewerb der Parteileitungen und psychische Bedrängung (Lautsprecherbeschallung, Hausbesuche) der zu werbenden Einzelbauern (Postler). Die Kollektivierung in der DDR unterschied sich allerdings sehr vom sowjetischen Vorbild: Bauern blieben Bodenbesitzer, drei Typen der LPG (Buchholz), physische Gewalt wurde nicht ausgeübt. In der Eigentumsfrage verfolgte Ulbricht einen gewinnenden Kurs. So unterstützte er private Unternehmer und Handwerker, förderte halbstaatliche Unternehmen, was sich von der SU wesentlich unterschied. Er führte nach dem Tod von Pieck ein kollektives Staatsoberhaupt ein (Staatsrat) und entwickelte dieses zu einem Konzept-Organ der sozialistischen Gesellschaft, in dem die SED gewiss maßgeblich mitwirkte, vor allem aber andere Parteien und gesellschaftliche Kräfte einbezogen waren. Das dämpfte objektiv den Anspruch der SED, auch administrativ die führende Rolle auszuüben und verhinderte lange

Zeit das sowjetische Konzept, wo die Partei die Staatsorgane nicht selten ersetzte. Ulbricht hatte ein anderes Staatsverständnis als die KPdSU und als sein Nachfolger Honecker, was ihm 1971 erheblich angekreidet wurde. Ulbricht war aber ein durchaus machtbewusster Mensch, ihm war klar, dass die Macht der SED umso gefestigter sein würde, je demokratischer sie ihre Beziehungen zu allen Teilen der Gesellschaft gestaltete. Darauf zielten alle diese demokratischen Initiativen jener Zeit.

10. Ulbricht leitete die Partei und den Staat in seinem geschichtlichen Selbstverständnis.

Ulbricht erwarb seine politischen Weihen noch in der Sozialdemokratie, erlebte die Novemberevolution, kämpfte in der Weimarer Republik und in der Emigration gegen die Nazis, erlebte das Auf und Ab der KPD in den 1920er Jahren, war aktiv in der Leitung der KPD in der Emigration, war an der Front und wollte Deutsche von ihrem Irrweg abbringen (Nationalkomitee Freies Deutschland, Bund deutscher Offiziere), flog als einer der Ersten 1945 nach Deutschland, um ein neues demokratisches Deutschland aufzubauen. Für ihn war die DDR die Erfüllung seines politischen Traums, für den er gekämpft hatte. Das ließ er jedermann wissen. Er fühlte sich dabei zugleich wie ein Geschichtslehrer. Deshalb hat er großen Anteil an dem Grundriss der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und den acht Bänden Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Autoren würdigen das, gehen aber nicht weiter darauf ein, welche Fehlinterpretationen darin stehen könnten, warum der Konflikt zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten so nachhaltig wirkte, wie nach 1945 mit Sozialdemokraten umgegangen wurde, ob über die Sowjetunion und ihre Partei ein wahres Bild gemalt wurde und fragen nicht, warum Ulbricht sich nie mit Stalin auseinandersetzte. Das Buch widerspricht auch der gängigen historischen Auffassung, dass erst Adenauer die letzten deutschen Gefangenen aus den Lagern der Sowjetunion befreit habe (Reichelt, Falin), zu diesem Zeitpunkt saßen dort nur noch verurteilte Kriegsverbrecher. Die meisten waren schon bis 1949 entlassen worden. Das Leninsche Parteienkonzept wird im Buch nicht hinterfragt, obwohl Ulbrichts Verhalten und Entscheidungen doch dazu gewisse Hinweise gegeben hätten. Er hatte die SED zu einer Partei neuen Typs geformt, den Vereinigungskonsens der paritätische Führung aufgelöst, Westemigranten unter Verdacht gestellt, „parteifeindliche Gruppierungen“ isoliert. Er achtete stets auf die Einheit und Geschlossenheit der Partei. Unter seiner Führung waren die Parteikontrollkommissionen mehr als aktiv.

11. Ulbricht mühte sich persönlich wohl vorbehaltlos um ein freundschaftliches Verhältnis zur Sowjetunion.

Seine Haltung wurde auch zur Staatsdoktrin der DDR. Diese Haltung war letztlich höchst widersprüchlich. Die Sowjetunion (Stalin, Chruschtschow, Breschnew, Gorbatschow) haben die DDR nie trotz ihrer öffentlichen Beteuerungen als ihren treuesten Verbündeten angesehen. Für ihre nationalen Interessen (Sicherheitsinteressen, Wirtschaft) wären die führenden Leute der SU – so liest man es aus den Beiträgen heraus – stets bereit gewesen, die DDR auch zu verraten, wie es auch dann 1990 endgültig geschah. Strategisch kann man das verstehen, warum dies aber mit den deutschen Kommunisten (Ulbricht) nie ehrlich kommuniziert wurde, warum die Deutschen in der DDR gar zu machtpolitischen Geißeln gemacht wurden, warum ihnen eine illusionäre sozialistische Perspektive in einem sozialistischen Weltsystem vorgegaukelt wurde, bleibt unerklärt. So ist Ulbrichts Haltung zwar historisch verständlich, pragmatisch erklärlich (wegen militärischer und ökonomischer Abhängigkeit), aber letztlich auch ein Vorwurf an ihn, sein Volk wissentlich getäuscht zu

haben. Warum es die deutschen Kommunisten nie vermochten, ihre Illusion vom „Vaterland der Werktätigen“ (Sowjetunion) zu hinterfragen, warum sie beharrlich über die Stalinschen Verbrechen im Namen des Sozialismus schwiegen und uns über die wahre Geschichte des Sozialismus somit täuschten, das bleibt unverständlich. Nicht einer der Autoren des Bandes über Ulbricht berührt dieses Thema auch nur im Ansatz. Keiner der Buchautoren stellt ernsthaft die Frage, warum auch Ulbricht sich nie zu den im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen äußerte, obwohl er doch in Stalins Nähe weilte. Niemand hinterfragt die fast klerikale Treue Ulbrichts zur Sowjetunion und erhellt uns so, warum die DDR in einem solch widersprüchlichen Freundschaftsverhältnis der Sowjetunion auf Gedeih und Verderb ausgeliefert war, wir jungen Leute letztlich ein so widersprüchliches Freundschaftsritual erlebten und leben sollten. Einige Autoren sind gar der Meinung, dass dies Ulbricht nicht bloß ein pragmatisches Erfordernis sondern ganz persönliche Herzensangelegenheit war. Da wird man doch heute, nachdem Gorbatschow und die KPdSU die DDR endgültig im Stich ließen, doch wenigstens mal erwarten dürfen, die Motivation Ulbrichts von Zeitzeugen beleuchtet zu bekommen. Warum gab es all die in der SU Ermordeten – darunter nicht wenige deutsche Kommunisten – eigentlich in unserer Geschichtsschreibung so gut wie nicht? Warum haben alle geschwiegen, aus Angst, aus Scham, aus Zweifel am Ideal? Warum hat Ulbricht nie gesagt, was er wirklich bei Chruschtschows Geheimrede 1956 empfand? Warum hat Ulbricht nicht laut gesagt, was er über das unrealistische Konzept der KPdSU dachte, bis 1980 den Kommunismus zu errichten? Warum ließ sich Ulbricht wegen der Rinderoffenställe und der Maiskampagne (Ideen von Chruschtschow) einfach verspotten? Warum hat er geschwiegen, als ihn Chruschtschow 1961 in Moskau als Erfinder der Mauer hinstellte? Warum hat er sich nicht gewehrt, als seine „relativ selbstständige Gesellschaftsformation“ unter Beschuss geriet? Ulbrichts Tragik (und auch die seiner Nachfolger) war – daran zweifle ich nach dem Lesen der vielen Beiträge nicht mehr –, dass die DDR, die SED und Ulbricht in ihrer innenpolitischen Entwicklung in den 1940er und 1950er Jahren und später, in ihrem Verhältnis zur BRD und den dort politisch Handelnden, im sozialistischen Weltsystem, innerhalb der kommunistischen und Arbeiterparteien, im RGW nichts zu sagen und zu bestimmen hatten. Graf meint, für vieles habe Ulbricht nur den Kopf hingehalten. Allein die jeweiligen Interessen der UdSSR, von wem sie auch immer vertreten wurden, waren bestimmend und entscheidend. Und diese waren oft von ihren jeweiligen Sicherheitsaspekten dominiert. Falin erläutert das ja in seinen „großmächtigen“ Antworten ohne alle Diplomatie. Angesichts der sowjetischen Toten des II. Weltkriegs kann man das ja noch nachvollziehen, nur die damit verbundene Unehrllichkeit gegenüber den deutschen Kommunisten akzeptiere ich nicht. Augenhöhe zwischen Bruderparteien war das nicht! Freundschaft war bloß nützliche Propaganda. Auch Kulikow gibt offen zu: Die DDR war in militärischen Fragen und im Ausbau des Grenzregimes nicht souverän! Nur Tatsache ist, fast alles hing auch mit militärischen Fragen zusammen!

12. **Personenkult um Ulbricht:** Wie in der Sowjetunion und anderen sozialistischen Ländern üblich, entwickelte sich früher oder später ein Personenkult um den führenden Mann in Partei und Staat. Keiner der Buchautoren erwähnt diesen Aspekt. Trotz mehrfacher Beteuerungen nach dem XX. Parteitag der KPdSU und nach der Ablösung Ulbrichts 1971 entstand dieses Phänomen immer wieder neu. Gemeint ist ja damit nicht der Respekt oder Achtung vor einer Person der Zeitgeschichte, sondern die Zuschreibung besonderer Fähigkeiten, die devote Unterordnung und „Speichelleckerei“, die letztlich dazu führt,

demokratische Mechanismen außer Kraft zu setzen und ausschließlich auf die Kraft des „Führers“ zu setzen. Auch die Ulbricht-Zeit war davon nicht frei. Er galt als unumschränkt die Politik Bestimmender. Selbst ehrlich gemeinte demokratische Elemente wie das von ihm eingeführte Eingabewesen stärkten diese Position. Hinzu kamen Kulthandlungen wie das Aufhängen von Fotos in Dienstzimmern, personenzentrierte Presseberichterstattung, ehrende Rituale zu Geburtstagen, Spaliere bei Besuchen, der geringe Widerspruch bei „Vorschlägen des Vorsitzenden“, vorauseilender Gehorsam bei der Entscheidungsvorbereitung. Einige Autoren verweisen darauf, dass sie selbst oft anders handelten oder widersprachen und Ulbricht das akzeptierte. Das ändert jedoch nichts an der grundsätzlichen Situation. So verbinden auch Autoren dieses Bandes viele Entscheidungen, Beschlüsse, Auffassungen auch heute noch mit der Person Ulbricht und belegen damit seine zentrale und letztlich undemokratische Rolle. In einigen Fällen fühlte ich mich gar in die von mir als Student erlebte Ulbricht-Zeit (1960er Jahre) zurückversetzt, als ihm lobhudelt und personenkultisch zugejubelt wurde. Was er angeblich alles persönlich initiiert und kraft seiner Person und seines Amtes gefördert haben soll, das weckt in mir Skepsis, wie das ein einzelner hat bewältigen können, wie viel Subjektivismus oder gar diktatorisches Gehabe im Spiel war. Solche Elogen liefern eher wieder neue abwertende Argumente zu unserer Geschichte. Der Schluss hin zum Diktator ist dann eigentlich nicht mehr weit. Aber auch Ulbrichts Kritiker müssen akzeptieren, dass er in seinem persönlichen Verhalten stets untadelig war. Er bemühte sich um ein persönliches Leben, das seinen kommunistischen Idealen entsprach, in der Familie und der Beziehung zu seiner Frau Lotte, in der Beziehung zu seiner adoptierten Tochter, im Kontakt zu politischen Freunden. Ulbricht lebte bescheiden und fabrizierte keine Skandale, wie einige Autoren aus seiner unmittelbaren Umgebung bestätigten. Er trieb Sport, trank kaum Alkohol, lehnte Völlerei ab, interessierte sich für Kultur und Kunst, las viel. Ich erinnere mich, dass er sogar in die unterhaltende Fernsehsendung „Mit dem Herzen dabei“ von Karl-Georg Ponesky kam und sein Auftritt zwar außergewöhnlich, aber nicht peinlich war. Er ertrug auch seine Entmachtung 1971 zwar mit Unverständnis, aber in Würde. So hatte er festgelegt, dass wegen seines Todes 1973 keineswegs die Weltfestspiele der Jugend und Studenten unterbrochen werden sollten.

- 13. Die Ablösung Ulbrichts 1971:** Es bleibt etwas unklar, warum Ulbricht, dem stets klare analytische Fähigkeiten bescheinigt wurden, diese Ende 1970 bei der kritischen Beurteilung der Lage nicht mehr gehabt haben soll. Offensichtlich verknöteten sich die Konflikte mit der KPdSU, mit Honecker, mit seinen sich von ihm distanzierenden Beratern (Mittag), mit der ökonomischen Lage und der Außenpolitik so, dass er dafür keine konstruktive Lösung mehr anzubieten hatte. Hinzu kam sein Alter. Es fiel allerdings auf, dass er trotzdem um sein Konzept kämpfte. So hielt er noch auf der 15. Tagung des ZK Anfang 1971 eine Grundsatzrede zur Vorbereitung des VIII. Parteitags, die später von seinem Nachfolger im Müllimer der Geschichte entsorgt wurde und faktisch keine Rolle mehr spielte. Sicherlich habe alle Autoren (M. Honecker, Lorenz) Recht, die darauf verweisen, dass Ende 1970 Konflikte entstanden, die eine Entscheidung außerhalb des Ulbricht'schen Konzepts verlangten. Genannt seien: Das Zurückbleiben hinter den ökonomischen Zielstellungen, die Disproportionen in der Wirtschaft, die Probleme in der Versorgung der Bevölkerung, die Wohnungsnot, aber auch die erfolglosen Gespräche mit Brandt (was war eigentlich das Ziel?), die Distanz Breschnews zu Ulbricht, der lieber selbst die Brücke zu Brandt schlagen wollte (Ostverträge) usw. Sicher kam Altersstarrsinn bei Ulbricht hinzu. Umso weniger ist

verständlich, dass seine Ablösung nicht durch eine offene und ehrliche Aussprache im Politbüro eingeleitet wurde, sondern durch eine Intrige Honeckers und einen Brief von 13 PB-Mitgliedern an Breschnew. Warum wusste Honecker nichts von der Bitte Ulbrichts an Breschnew um Ablösung? Warum einige Autoren diese unehrliche Verfahrensweise nur verschwurbelt bekennen, bleibt mir unverständlich, erklärt aber, dass die analoge Fragestellung 1989 genauso bei der Ablösung Honeckers entstand und im gleichen Stil zum Schaden der Partei gelöst wurde. Dieser Stil der Partei und ihre Unfähigkeit, eine solche Frage schlicht demokratisch zu lösen, bleibt ein ewiger stalinistischer Makel auf dieser Partei. Warum Ulbricht allerdings ausgerechnet Honecker als seinen Nachfolger aussuchte und als Alternative dann Neumann, das bleibt ebenso unverständlich wie die Nachfolgefrage bei Lenin. Offensichtlich muss schlicht die Tatsache kritisiert werden, dass hier der amtierende Chef überhaupt eine Verantwortung hatte oder sich anmaßte, eine solche zu haben und nicht die kollektive Führung darüber demokratisch ohne ihn befand.

Der Herausgeber und mehrere Autoren hielten es für angemessen, Sebastian Haffner zu zitieren, der Walter Ulbricht in die Reihe bedeutender deutscher Persönlichkeiten in die Reihe mit Bismarck und Adenauer stellte. Zweifellos geschah dies in der polemischen und zugleich löblichen Absicht, ihm historische Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ob das Walter Ulbricht gefallen hätte und man ihm damit einen Gefallen tut, steht auf einem anderen Blatt. Für ihn waren Bismarck und Adenauer Klassenfeinde, die er Zeit seines Lebens bekämpft hat. Mir gefällt dieser Vergleich nur insofern, dass damit historische Konzepte gleichwertig bewertet werden. Bismarck steht allerdings für die Einigung Deutschlands von oben und die Demütigung Frankreichs, Adenauer für die Westintegration Deutschlands und die Vasallen-Freundschaft zu den USA und zu Frankreich, Ulbricht für den Versuch der Versöhnung Deutschlands mit Russland. Bismarck führte auf Druck der deutschen Sozialdemokratie eine bis heute beispielgebende Sozialversicherung ein, Adenauer ebnete unter dem Druck der DDR den Weg zu einer sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und Wohlstand für viele. Ulbricht kam die undankbare Aufgabe zu, dafür mit der DDR und ihrer sozialen Entwicklung eine treibende Kraft gewesen zu sein. Die Welt und Deutschland sind heute nicht mehr so wie zu Zeiten Bismarcks, vieles hat sich in der Lebenslage für etliche Menschen verbessert, ein neuer verheerender Krieg in Europa scheint momentan undenkbar, das ist doch etwas. Streiten wir nicht darum, wer von Bismarck, Adenauer oder Ulbricht daran den größten Anteil hat. Alle drei haben ihren daran! Ob der unversöhnliche Streit dieser Linien im vergangenen Jahrhundert aber wirklich notwendig war und für uns alle gelohnt hat, steht auf einem anderen Blatt. Dazu muss ein neues Buch geschrieben werden.

Das Buch stellt aber historisch klar: Walter Ulbricht war als DDR-Politiker ein bedeutender deutscher Staatsmann! Er steht in der Reihe von Liebknecht, Luxemburg, Thälmann und Pieck, ganz gleich was man historisch über diese Personen denken mag und wie man deren Intentionen bewertet.

Eberhard Aurich

14.07.2013

Egon Krenz (Hrsg.)

Walter Ulbricht

Zeitzeugen erinnern sich

Verlag Das Neue Berlin

978-3-360-02160-1

24,99 EUR